

# Aktuelle

## Post

### aus dem Kreistag (32)



18. Dezember 2020

Allen Leserinnen und Lesern unserer aktuellen Post aus dem Kreistag wünschen wir erholsame Feiertage, Gesundheit und viel Kraft im Neuen Jahr! Das Wichtigste für die Mehrheit der Menschen sind nicht die wirtschaftlichen Bilanzen und der Profit.

Am wichtigsten sind Menschlichkeit, soziale Gerechtigkeit und Frieden! Solidarität wärmt die Welt.

Bleiben Sie gesund! / Bleibt gesund!

Fraktion DIE LINKE. / Piraten im Kreistag der Wetterau



Liebe Freundinnen und Freunde!  
Sehr geehrte Damen und Herren!  
Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir berichten heute über die Haushaltsdebatte im Kreistag. Mit halber Besetzung fand die Sitzung am 16. Dezember in Nidda statt. In einer Haushaltsdebatte geht es im besten Fall um die strategische Ausrichtung der Politik. Das hat sich aber noch nicht bis zu allen Fraktionen herumgesprochen. In den Haushaltsreden wurde eher deutlich, dass man soziale und ökologische Probleme nicht zur Kenntnis nehmen will, sondern – wie der Landrat sagt - „auf Sicht fährt“.

Jetzt vor der Kommunalwahl erwacht auch der rechte Flügel im Kreistag aus dem Dornröschenschlaf. Was dann dabei herauskommt, ist in dieser Post zu lesen. Es wurden auch Anträge behandelt, die nicht direkt im Zusammenhang mit dem Haushalt standen. Darunter die Gebührensatzung für Flüchtlingsunterkünfte. Hier hat das Engagement der linken und grünen Fraktionen eine deutliche Verbesserung erreichen können. Der Kreisausschuss (sozusagen die Kreisregierung) brachte einen Beschlussvorschlag für die Gründung einer Wohnungsbau- und -fördergesellschaft mbH in den Geschäftsgang des Kreistags ein. Das Papier wurde ohne Aussprache in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

#### **Darüber berichten wir in der heutigen Ausgabe:**

1. Antrag DIE LINKE./Piraten zu den Abzockergebühren in Flüchtlingsunterkünften. Koalition legt neue Gebührensatzung vor.
2. Änderungsantrag DIE LINKE./Piraten zum Medienentwicklungsplan für die Schulen des Wetteraukreises
3. Änderungsanträge DIE LINKE./Piraten zum Haushalt für das Jahr 2021:  
Die neue Wohnungsbaugesellschaft ausreichend finanziell ausstatten. Grundwasserreserven schützen / Beitritt des Wetteraukreises zur Schutzgemeinschaft Vogelsberg. Eine volle Stelle für eine\*n Inklusionsbeauftragte\*n. Finanzmittel für die Erweiterung des Frauenhauses.
4. Verkauf Haus Hubertus
5. Rechte Fraktionen im Wahlkampfmodus: Die bürgerliche Fassade bröckelt ab

Liebe Leserinnen und Leser!

Am 14. März 2021 sind Kommunalwahlen. Bis dahin wird noch eine Sitzung des Kreistages stattfinden. Die Wahlperiode geht zu Ende.

Welche parlamentarischen Initiativen die Fraktion DIE LINKE. / Piraten seit 2016 in den Wetterauer Kreistag eingebracht hat, fassen wir gerade in einem Bericht zusammen, der in Kürze versendet wird.

# RÜCKLICHT

## **DIE LINKE. hat Kommunalwahllisten aufgestellt.**

### **Sozialpolitik und Klima sind die Hauptthemen.**

DIE LINKE. hat ihre Kandidat\*innenlisten für die Kommunalwahl am 14. März 2021 eingereicht. Für den Kreistag und in den Städten Friedberg, Karben, Niddatal und Nidda stellen sich linke Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl. Zum ersten Mal tritt DIE LINKE. gemeinsam mit ökologisch engagierten parteilosen Bürger\*innen in Butzbach an. In Corona-Zeiten die Erfordernisse des Wahlgesetzes zu erfüllen, war nicht ganz einfach. Bürgerhäuser und Versammlungsräume standen nicht problemlos zur Verfügung und Hygienemaßnahmen mussten eingehalten werden.



Kreistag



Friedberg

Hier sind die jeweils ersten Kandidatinnen und Kandidaten der Listen zu sehen:



Niddatal



Nidda



Karben



Butzbach



## Antrag DIE LINKE. / Piraten zu den Abzockergebühren in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete. Zweiter Entwurf für eine geänderte Gebührensatzung.

Dieses Mal wurde unser Antrag zu den Abzockergebühren in Flüchtlingsunterkünften behandelt und abgelehnt. Doch seit der letzten Kreistagssitzung hat sich einiges getan: Die Koalition aus SPD und CDU legte eine neu formulierte Satzung vor, die gestaffelte Gebühren enthält. Unser Vorstoß hat sich gelohnt.

Wenn jetzt ein Familienmitglied arbeitet, muss nicht mehr für alle anderen Personen der Betrag von 287 Euro gezahlt werden. Dies hatte zu enormen Gebühren geführt: Eine Familie mit zwei Kindern zahlte dann für eine Einfachstunterkunft im Flüchtlingswohnheim fast 1150 Euro! Und dann wurde das Geld auch noch rückwirkend zum März 2019 verlangt.

Einige Familien erhielten im Spätsommer Mahnbescheide. Wie soll ein\*e Verdiener\*in mit einer Niedriglohnbeschäftigung eine solche Abzockergebühr bezahlen?

Die neue Gebührenordnung sieht gestaffelte Gebühren vor:

Arbeitende Einzelpersonen:	284 Euro
Zweipersonenhaushalt:	369 Euro
Dreipersonenhaushalt:	454 Euro
Vierpersonenhaushalt:	539 Euro
Füfpersonenhaushalt:	624 Euro
Je weitere Person:	50 Euro

Die neue Gebührenordnung tritt nun ab 1. Januar 2021 in Kraft. Die alte Gebührenordnung wurde aufgehoben.

Das haben wir dazu gesagt:

„Wir haben zur Kenntnis genommen, dass Sie mit dieser nun eingebrachten Satzung gestaffelte Gebühren einführen möchten und nicht weiter an Ihren Abzockergebühren festhalten.

In diesem neuen Entwurf wollen Sie die Gebühren ab 1. Januar 2021 erheben statt wie zuvor rückwirkend bis ins Jahr 2019.

Jetzt gehen wir davon aus, dass die Gebührenbescheide, die nach der alten Satzung und rückwirkend ausgestellt wurden für nichtig erklärt und zurückgezogen werden!

Und dass darüber die Betroffenen, die zum Teil Tausend oder gar mehrere Tausend Euro zahlen sollen und teilweise schon Mahnbescheide erhalten haben, zeitnah unterrichtet werden.

Wir werden der nunmehr vorliegenden Satzung dennoch nicht zustimmen. Ich habe nicht die Redezeit, es genauer auszuführen aber sie enthält Ungereimtheiten, die eigentlich zuerst geklärt werden müssten. So wird beispielsweise im §4 gesagt, dass die Paragraphen 82 bis 89 SGB XII zu berücksichtigen seien. Jetzt steht aber im Asylbewerberleistungsgesetz, im §9, dass Leistungsberechtigte sowieso keine Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch oder vergleichbaren Landesgesetzen erhalten können. Wieso steht das denn nun in dieser Gebührenordnung drin? Ist jedenfalls nicht logisch. Es gibt noch mehr unklare Stellen. Außerdem haben wir uns gefragt:

Was passiert eigentlich mit der Großen Pauschale, die das Land Hessen den Kommunen für die Unterbringung Geflüchteter monatlich erstattet?

Die Landkreise und kreisfreien Städte erhalten eine monatliche Pauschale für jede aufgenommene Person, mit der die Kosten der Unterbringung und der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz abgegolten werden.

Im Wetteraukreis sind das 940 Euro pro Person. Und wenn die Zuständigkeit schon auf das Jobcenter übergegangen ist und der Bund Kosten der Unterkunft mitträgt, wird noch eine kleine Pauschale von 120 Euro für Betreuung gezahlt.

Die Familien, die mit den überhöhten Gebührenbescheiden in unsere Sprechstunde kamen wurden jedenfalls nicht betreut.

Es bleiben Fragen über Fragen....

Meine Damen und Herren,  
wir sehen wohl, dass sie sich bewegt haben.

Es gibt jedoch noch zu viele Ungereimtheiten und deswegen werden wir auch diese Gebührensatzung ablehnen.

Wir freuen uns, dass die Grünen unsere parlamentarische Initiative unterstützt und mit einem Änderungsantrag zu gestaffelten Gebühren unterfüttert haben.

### **Änderungsantrag DIE LINKE. / Piraten zum Medienentwicklungsplan für die Schulen des Wetteraukreises**

Für die Wetterauer Schulen wurde ein Medienentwicklungsplan (MEP) beschlossen.

Die Veröffentlichung des MEP wird wohl noch ein bisschen dauern. Wir verweisen deshalb auf die Ankündigung des Kreises auf seiner homepage:

<https://www.wetteraukreis.de/aktuelles/pressemitteilungen/detail/news/vorgaben-fuer-die-it-ausstattung-der-schulen/>

Wir haben zu diesem MEP einen Änderungsantrag gestellt. Dem ging eine Anfrage voraus, in der wir uns erkundigten, wie das Sonderprogramm des Bundes im Wetteraukreis umgesetzt wurde. Dieses 500-Millionen-Sonderprogramm wurde aufgelegt, um Kindern aus weniger betuchten Elternhäusern ein digitales Endgerät zur Verfügung stellen zu können. Hessen wurden aus Bundesmitteln rund 37,2 Millionen Euro zur Verfügung gestellt und das Land hat die Mittel auf 50 Millionen aufgestockt.

Hier ist unsere Anfrage mit den Antworten des Schuldezernenten zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/anfragen/1239-anfrage-vergabe-digitaler-endger%C3%A4te-an-sch%C3%BClerinnen-aus-einkommenschwachen-familien.html>

Aus der Antwort geht hervor, dass die Mittel aus dem Sonderprogramm nicht zielgerichtet für den vorgesehenen Personenkreis eingesetzt wurden. Sie wurden an die Schulen verteilt und zwar nicht nach der Zahl der bedürftigen Schüler\*innen sondern nach der Zahl der Schüler\*innen allgemein.

Da es im Wetteraukreis keinen Sozialindex gibt, der die sozialen Brennpunkte benennt und eine Übersicht zur sozialen Zusammensetzung der Schulen liefern könnte, ist davon auszugehen, dass dieses Gießkannenprinzip nicht geeignet ist, das im Sonderprogramm genannte Klientel ausreichend zu versorgen. Der blinde Fleck des Wetteraukreises, was Armut und Bedürftigkeit betrifft, zeigt sich auch in diesem Punkt!

Zudem wurde uns bekannt, dass es Schulen gibt, die auch bei Nachfrage kein Leihgerät herausgeben.

Darauf wollten wir mit unserem Änderungsantrag aufmerksam machen: In den MEP soll ein gesonderter Abschnitt aufgenommen werden, wie Kindern aus bedürftigen Elternhäusern zeitnah und gesichert digitale Endgeräte zur Verfügung gestellt werden können. Und wie im Zeitraum von 2020-2024 dafür gesorgt werden soll, dass diese Schüler\*innengruppe nicht wegen fehlender Ausstattung im Unterricht abgehängt wird.

Den genauen Antragstext ist hier zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1249-medienentwicklungsplan-was-ist-mit-sch%C3%BClerinnen-ohne-digitales-endger%C3%A4t.html>

Das war unsere Rede zum MEP:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,  
Ihnen ist bekannt, dass es außer den 5 Milliarden Euro für den DigitalPakt Schulen auch ein Sofortprogramm gegeben hat, das 500 Millionen umfasst.  
Diese 500 Millionen wurden nach dem Königsteiner Schlüssel verteilt und die Länder ergänzen die Mittel durch einen Eigenanteil von 10 Prozent – wie auch beim DigitalPakt selbst.  
Für wen wurde dieses Sonderprogramm gestartet?  
Das Bundesministerium für Bildung hat ein Portal eingerichtet, aus dem ich jetzt zitiere:  
*„Die Corona-Krise darf keine Bildungskrise werden. (...)“*  
*„Der Koalitionsausschuss hat beschlossen, 500 Millionen Euro bereitzustellen, um Schülerinnen und Schülern, die zu Hause nicht darauf zugreifen können, ein mobiles Endgerät zu geben.“*  
*„Digitales Lernen hat bereits in den zurückliegenden Wochen im ganzen Land deutlich an Bedeutung gewonnen. Das wird auch in den kommenden Monaten so bleiben.  
Deshalb werden Schülerinnen und Schüler zu Hause einen Laptop o. ä. zum Lernen benötigen. Nicht alle Eltern sind in der Lage, ihren Kindern ein solches Gerät zu kaufen. Deshalb ist es ein wichtiger Schritt für mehr Bildungsgerechtigkeit, dass Bund und Länder mit dem Sofortprogramm die Teilhabe an digitaler Bildung ermöglichen.“* (Ende der Zitate)  
Leider wurden mit dem Sonderprogramm keine verbindlichen Kriterien für die Verwendung und Vergabe der Mittel aufgestellt. Es ist dem Wetteraukreis überlassen, wie die Schulen und Schüler\*innen ermittelt werden, die digitale Endgeräte benötigen.  
Wie auch in anderen Bereichen zeigt sich auch hier deutlich, dass es im Wetteraukreis in Puncto Armut und finanzielle Bedürftigkeit einen blinden Fleck in der Wahrnehmung gibt. Laut der Antwort auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. / Piraten vom 11. Dezember 2020 und diversen Protokollen des Ausschusses für Bildung geht hervor, dass die Mittel aus dem

Sonderprogramm nicht zielgerichtet für den vorgesehenen Personenkreis eingesetzt wurden. Sie wurden an die Schulen verteilt und zwar nicht nach der Zahl der Schüler\*innen mit Bedarf, sondern nach der Zahl der Schüler\*innen allgemein.

Da es im Wetteraukreis keinen Sozialindex gibt, der die sozialen Brennpunkte benennt und eine Übersicht zur sozialen Zusammensetzung der Schulen liefern könnte, ist im Gießkannenprinzip vorgegangen worden, statt das im Sonderprogramm genannte Klientel ausreichend zu versorgen.

So bekommen zum Beispiel Gymnasien mit mehrheitlich Schüler\*innen aus gutsituierten Elternhäusern noch Digitale Endgeräte dazu.

Aber Schulen mit eher anderem Klientel – mit Kindern aus Elternhäusern, die weniger verdienen, einkommensschwach sind oder gar soziale Hilfen benötigen - werden nicht besonders berücksichtigt und ausgestattet.

Und zusätzlich sorgen dann gutsituierte Eltern noch für eigene Sonderprogramme, wie zum Beispiel der Zuschuss von 19.500 Euro aus der Sparkassenstiftung an das konfessionelle Privatgymnasium Sankt Lioba. Da fragt man sich doch: Wo besuchen eigentlich die Kinder des neuen Sparkassenchefs die Schule?

In der Antwort zu unserer Anfrage sagen Sie:

„Die Entscheidung über die Verteilung (der Leihgeräte) obliegt der Schule.“ Ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung sagen: Davon weiß die Schule meiner Tochter nichts. Die sagen, dafür ist der Wetteraukreis zuständig. Und so wird das Kuddelmuddel auf dem Rücken der Kinder ausgetragen, die immer noch kein Endgerät haben.

Wir fordern Sie daher auf, einen zusätzlichen Absatz in den Medienentwicklungsplan aufzunehmen, in dem sich damit auseinandergesetzt wird, wie wirklich ALLE Schülerinnen und Schüler mit digitalen Geräten versorgt werden. Das heißt: Es muss ein Konzept geben, wie soziale Benachteiligungen ganz gezielt ausgeglichen werden können.

Der Änderungsantrag wurde abgelehnt. Schuldezernent Weckler verteidigte die Art der Verteilung und behauptete, es gäbe an den Schulen ausreichend Geräte für alle Schüler\*innen. Dass Schulen nicht über die Leihgeräte informiert seien, bestritt er.

Wir haken selbstverständlich nach und werden nochmal aktiv, sollten die bekannte Fälle nicht gelöst werden.

### **Haushaltsdebatte: Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2021**

Hauptpunkt der Tagesordnung war die Debatte über den Haushalt für 2021. Wir haben uns in den letzten Wochen durch das 1000-seitige Zahlenwerk und viele Begleitpapiere gearbeitet. Es gibt viele Teilhaushalte, zu denen ein Änderungsantrag sinnvoll wäre. Doch seit Jahren setzen wir Schwerpunkte, um in der Debatte gehört zu werden.

Dieses Jahr haben wir vier Anträge eingebracht.

Am Ende dieses Abschnitts ist unsere gesamte **Haushaltsrede** zu finden.

### **Erster Haushaltsantrag:**

#### **Die finanzielle Ausstattung der neuen Wohnungsbaugesellschaft aufstocken**

Es soll nun – dem Kommunalwahlkampf sei Dank! - eine Wohnungsbaugesellschaft geben. Doch sie wird finanziell minimalistisch ausgestattet sein. Wir finden, sie müsste mindestens so viel Geld haben, dass sie mit einer bemerkbaren Förderungs- und Bautätigkeit beginnen kann und nicht jahrelang Anlauf braucht, um ihre Aufgabe zu erfüllen. Oder vielleicht gar zu scheitern?? Deshalb wollten wir die Einstellung von 18,951 Millionen Euro in den Haushalt erreichen, damit insgesamt 21 Millionen Euro für die WoBau bereitstehen.

Das ist unser Antrag:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1248-haushalt-2021-21-millionen-f%C3%BCr-die-neue-wobau-statt-2,049-millionen.html>

Wir haben dazu in der Haushaltsrede ausführlich unsere Position dargestellt (siehe unten). Eine Aufstockung des Stammkapitals und der Stammeinlage kann sich der Wetteraukreis ohne Weiteres leisten. Sehr kritisch sehen wir auch die Gesellschaftsform der neuen WoBau: Eine GmbH entzieht sich der demokratischen Kontrolle des gewählten Kreistags und könnte einfach ihren Zweck verändern. Was, wenn die Gesellschafter beschließen, doch keine bezahlbaren Wohnungen zu bauen sondern Luxuswohnungen? Was, wenn beschlossen wird, doch hohe Mieten zu verlangen? Wir lehnen eine GmbH ab, werden aber damit sicher überstimmt werden. In dieser Kreistagssitzung wurde der Gesellschaftsvertrag der WoBau in den parlamentarischen Geschäftsgang eingebracht. Vermutlich wird am 3. Februar 2021 darüber beschlossen.

### **Zweiter Haushaltsantrag:**

#### **Grundwasserreserven schützen. Der Wetteraukreis soll der Schutzgemeinschaft Vogelsberg beitreten.**

Im Jahr 2013 ist der Wetteraukreis aus der Schutzgemeinschaft Vogelsberg ausgetreten. 130 Euro Mitgliedsbeitrag jährlich fielen damals dem Rotstift zum Opfer. Dass diese 130 Euro irgendwie den damals überschuldeten Haushalt retten würden, glaubte niemand. Aber man wollte sich weiter am expandierenden Wassergeschäft mit Frankfurt beteiligen und damit Geld verdienen. Das hätte sich mit dem Wasserschutz gebissen.

Seitdem drängen wir darauf, wieder in den Wasserschutz einzusteigen und Mitglied in der Schutzgemeinschaft Vogelsberg zu werden. Jetzt aber mit 500 Euro pro Jahr.

Natürlich wurde unser Antrag abgelehnt. Trotz anhaltender Wasserknappheit und drei Dürre-Sommern hintereinander interessiert das Thema im Kreistag noch niemand.

Das ist unser Antrag – in der Haushaltsrede haben wir die Gründe ausführlich erläutert:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1246-haushalt-2021-beitritt-des-wetteraukreises-zur-schutzgemeinschaft-vogelsberg.html>

### **Dritter Haushaltsantrag:**

#### **Eine ganze Stelle zur Umsetzung des Aktionsplans Inklusion**

Es hat lange gedauert, bis für die Wetterau ein Aktionsplan Inklusion erarbeitet war. Jetzt liegt er vor. Die Beschlussfassung im Kreistag wurde leider wieder verschoben.

Wir sind der Auffassung, dass dieser Aktionsplan nicht nur bald beschlossen werden muss, sondern dass es bei seiner Umsetzung auch kein weiteres Abwarten mehr geben darf. Die UN-Behindertenrechtskonvention, deren Umsetzung mit diesem Aktionsplan nun angegangen werden soll, wurde ja schon am 13. Dezember 2006 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet und am 30. März 2007 von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert.

Wir haben deswegen beantragt, eine ganze Stelle für Inklusion einzurichten. Begründung: „Wenn dieser Aktionsplan demnächst vom Kreistag der Wetterau beschlossen wird, sollten die darin enthaltenen Maßnahmen entschlossen und ohne weitere Verzögerungen umgesetzt werden. Dies erfordert eine\*n Inklusionsbeauftragte\*n mit einer ganzen Stelle. Die im Aktionsplan Inklusion unter Punkt 4 „Umsetzung des Inklusionsplans“ genannten zehn Punkte können so zielgerichtet initiiert, koordiniert und evaluiert werden.“

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

### **Vierter Haushaltsantrag:**

#### **500.000 Euro für eine Kapazitätserweiterung des Frauenhauses**

Gewalt gegen Frauen nimmt nicht ab sondern zu. Doch überall stoßen Schutzeinrichtungen an ihre Kapazitätsgrenzen. Das gilt auch hier in der Wetterau. Wie sowohl die Räumlichkeiten erweitert und auch die Personalausstattung verbessert werden können – darüber muss dringend gesprochen werden! Keine Schutz suchende Frau darf aus Platzgründen abgewiesen werden.

Unser Antrag ist hier zu lesen:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1247-haushalt-2021-500-000-euro-zur-erweiterung-der-kapazit%C3%A4ten-des-frauenhauses-wetterau.html>

**Die Haushaltsrede** ist umfangreich. Wir begründen nicht nur ausführlich unsere Anträge. Wir versuchen auch, auf die wachsende Armut und Kinderarmut hinzuweisen. In Hessen ist die Anzahl armer Familien überdurchschnittlich angestiegen. Durch die Wirtschaftskrise und Corona werden weitere soziale Verwerfungen dazu kommen. Wir meinen: Der Wetteraukreis muss hierauf reagieren. Es braucht ein Konzept zur Armutsbekämpfung.

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/reden/1256-rede-zum-haushalt-f%C3%BCr-das-jahr-2021-wohnungsbugesellschaft-ausreichend-ausstatten.html>

## **Verkauf Haus Hubertus**

Seit Jahren steht das Haus Hubertus leer. Eine Arbeitsgruppe und der Jugendhilfeausschuss haben sich jetzt lange damit beschäftigt, wie man das Landschulheim im Butzbacher Wald wieder einer Verwendung zuführen könnte. Es gibt auch gute Ideen aber die Bereitschaft der Kreistagsfraktionen, dafür auch Geld locker zu machen ist eher gering.

Jetzt haben die Freien Wähler einen Antrag gestellt, das Haus Hubertus an die Stadt Butzbach zu verkaufen.

Dieser Antrag wurde von der CDU eher positiv aufgegriffen. Der Koalitionspartner SPD hat noch Bedenken. Deswegen wurde noch nichts entschieden.

Wir haben dazu folgendes gesagt:

Der Wetteraukreis als Schulträger würde mit einem Verkauf des Hauses Hubertus Chancen vergeben. Es gibt viele Schulen und Lehrer\*innen, die besondere pädagogische Projekte umsetzen, für die sich Hubertus gut eignet: Klimaschutz, Ökologie und Wald, gesunde Ernährung, Schule in Bewegung, Kunst/Musik, Theater, usw.. Auch für interkulturelle und inklusive Begegnungen eignet sich Hubertus. Es braucht einen politischen Entschluss, dass man ein Landschulheim will und Klassen dazu ermuntert, das Angebot zu nutzen. So wie das der Kreis Groß-Gerau mit seinem Schulheim in Ober-Seemen tut. Stattdessen atmen hier Fraktionen erleichtert auf, dass sie sich nicht mehr um dieses Haus kümmern müssen... DIE LINKE. ist gegen einen Verkauf.

## **Die bürgerliche Fassade bröckelt**

Normalerweise herrscht strikte Redezeitbeschränkung im Kreistag. Ein Antrag kann drei Minuten begründet werden. Jede Partei darf dann dazu eine Minute sprechen. Nur selten zwei Minuten. Das ist nicht immer einfach, wenn man seine Gedanken in einer Minute zusammenfassen muss. Aber der Vorteil ist: Auch die rechten Fraktionen -AfD und NPD – haben wenig Zeit für ihre steilen Thesen.

In der Haushaltsdebatte darf jede Fraktion zwanzig Minuten sprechen. Das eröffnet Möglichkeiten. Zu was äußert sich dann eine Partei, wie die AfD?

Zuerst gegen Ausländer. Sie wollen einen extra Haushalt, in dem alle Kosten für Ausländer aufgeführt sind. Dass Migrantinnen und Migranten auch in die Sozialversicherung einzahlen, Steuern zahlen, Waren kaufen, studieren, arbeiten oder Unternehmen führen und Arbeitskräfte beschäftigen – das kommt in ihrem Weltbild nicht vor.

Dann geht es gegen Kinder mit Behinderungen. Für Inklusion wird viel zu viel Geld ausgegeben. Die Kosten für die Schulsozialarbeit oder für Assistenzen könnte man einsparen. Viel billiger und besser wären die Förderschulen. Man hätte auf keinen Fall welche schließen sollen. Völlig unbeleckt von jeder pädagogischen Erkenntnis, ohne Wissen über Kosten und Nutzen der Inklusion aber mit großem Selbstbewusstsein wurden dazu die krudesten Überlegungen vorgetragen.

Angegriffen wurden alle Bemühungen, die Gleichstellung von Frauen zu fördern. Das braucht der deutsche Mann offensichtlich nicht. Kostet nur Geld.  
Und zuletzt durfte der Abschnitt über die Coronadiktatur natürlich auch nicht fehlen.  
Die anschließende Rede der NPD war nur kürzer. Die inhaltlichen Unterschiede waren gering.  
Wer immer noch glaubt, die AfD sei nur eine bürgerliche Partei, dem sei eine solche Kreistagsdebatte empfohlen. Das ist stramm rechts.



*Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter!  
Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter [info@die-linke-wetterau.de](mailto:info@die-linke-wetterau.de) bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der homepage „DIE LINKE Wetterau“ <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/post-aus-dem-kreistag.html> ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.  
Viele Grüße von Peter Zeichner, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber*